

05.10.2004, Ostthüringer Zeitung

Zwei Anträge für Bau von Biokraftwerken

Thema heute im Gemeinderat Unterwellenborn - In Saalfeld top secret

Von OTZ-Redakteurin Ute Häfner Saalfeld

Seit Februar, März geistert das Thema Biokraftwerke durch die Region. Ein in Zwickau ansässiges Unternehmen hat sowohl in Saalfeld als auch in Unterwellenborn Voranfragen zum Bau solcher Anlagen gestellt.

In Unterwellenborn hat Bürgermeister Horst Sterzik (CDU) die Öffentlichkeit darüber informiert, hat Informationsfahrten zu bestehenden Anlagen organisiert und heute 18 Uhr eine Einwohnerversammlung zum Thema angesetzt. Die potenziellen Investoren sollen den Bürgern Rede und Antwort stehen. "Bei dem Gemes-Gestank muss das Thema öffentlich behandelt werden", sagt Sterzik.

Wenn, dann soll die Anlage auf der ehemaligen Maxhüttenhalde errichtet werden. Dort befindet sich seit einigen Jahren die Kompostieranlage der Firma Gemes. Bei ungünstiger Witterung halten sich vor allem Bewohner von Röblitz und Gorndorf die Nase zu, weil die verrottenden Bioabfälle stark riechen.

In der geplanten Biokraftanlage soll aus Bioabfällen und nachwachsenden Rohstoffen (Getreide, Mais u. ä.) in erster Linie Bioethanol hergestellt, das dabei entstehende Methangas verstromt werden. Zur Abnahme des Stromes sind die Energieanbieter laut Gesetz verpflichtet. Zur Abnahme der bei der Verstromung anfallenden Wärme verpflichtet kein Gesetz, weshalb die Investoren derzeit selbst auf der Suche nach "Wärme liebenden" Kunden sind und unter anderem bei den Saalfelder Stadtwerken vorsprachen.

In Saalfeld möchten die Investoren die Anlage gern im Geraer Bahnbogen errichten. Da dort aber die einzigen größeren Flächen für Industrieansiedlungen zur Verfügung stehen, möchte die Stadt laut Bürgermeister Richard Beetz (CDU) eine Alternativfläche am ehemalige Heizhaus der Bahn am Güterbahnhof vorschlagen.

Offiziell ist das Thema Biokraftanlage in Saalfeld aber noch geheim. Beetz nahm es vor der letzten Hauptausschusssitzung von der Tagesordnung, so dass es gar nicht in den Stadtrat gelangte. Nun soll am 13. Oktober der Bau- und Wirtschaftsausschuss erstmals zum Thema beraten - nicht öffentlich.